



Innenausschuss

99. Sitzung (öffentlich)

24. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetzentwurf 2017 (Drucksache 16/12500) und zum GFG 2017 (Drucksache 16/12502)	8
Ergänzung der Landesregierung Drucksache 16/13400	
<u>In Verbindung mit:</u>	
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12500 und Drucksache 16/13400	

- Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Ergänzungsvorlage
- Diskussion

2 Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12781
Stellungnahme 16/4209
Stellungnahme 16/4281
Stellungnahme 16/4306

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12781 in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piraten an.

3 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden 21

Vorlage 16/4188

- Anhörung des Ausschusses

4 Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13260

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Und:

Erfahrungen der Landesregierung mit dem Landesdatenschutzgesetz

Vorlage 16/4503

Vorlage 16/4509

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13260 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen von FDP und Piraten an.

5 Lobbyismus transparent machen – Einführung eines Lobbyregisters in NRW 24

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/11414

Ausschussprotokoll 16/1416

– abschließende Beratung

6 Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken – mehr Sicherheit ermöglichen! 25

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/12121

Und:**Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/12361

Ausschussprotokoll 16/1440

– Aussprache zur öffentlichen Anhörung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU Drucksache 16/12121 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der CDU ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/12361 in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten an.

7 Für eine Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten (Taser) bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen 39

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13309

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Thema durchzuführen.

8 Übergriffe auf Polizeivollzugsbeamte am 12. November 2016 in Düren 40

Und:

Zehn verletzte Polizisten nach Streit um ein falsch geparktes Auto in Düren – Welche konkreten Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die Hintergründe der Vorfälle?

Vorlage 16/4494

In Verbindung mit:

Bezirksliga-Fußballspiel in Jülich wegen Clan-Fehde gestürmt?

Vorlage 16/4517

– Berichte der Landesregierung

– Diskussion

9 Mehrfach vorbestrafter Sexualtäter mit Leitung einer Flüchtlingsunterkunft beauftragt – Syrerin mindestens viermal vergewaltigt? 64

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion

- 10 Hat die Polizei einem 15-jährigen Mädchen nach mutmaßlicher Belästigung durch einen Asylbewerber von der Erstattung einer Strafanzeige abgeraten?** 75
- Vorlage 16/4491
– Bericht der Landesregierung
- 11 Zwei weitere Verdachtsfälle von „Reichsbürgern“ in Reihen der nordrhein-westfälischen Polizei?** 76
- Vorlage 16/4492
– Bericht der Landesregierung
- 12 Demnächst Kuschelkurse für Polizeihunde in Nordrhein-Westfalen?** 77
- Vorlage 16/4493
– Bericht der Landesregierung
- 13 „Brandbrief“ der GdP an Innenminister Jäger?** 78
- Vorlage 16/4504
– Bericht der Landesregierung
- 14 „Cybercrime“-Konzept des Landes** 79
- Vorlage 16/4496
– Bericht der Landesregierung
- 15 Kriminelle libanesische Großfamilie und Roma-Clan sollen Allianz in Duisburg-Marxloh geschmiedet haben** 80
- Vorlage 16/4495
– Bericht der Landesregierung

4 Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13260

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Und:

Erfahrungen der Landesregierung mit dem Landesdatenschutzgesetz

Vorlage 16/4503
Vorlage 16/4509

– Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Daniel Sieveke: Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde nach der ersten Lesung dem Ausschuss für Kommunalpolitik zur federführenden Beratung überwiesen. Der Innenausschuss ist zur Mitberatung aufgerufen.

Die Fraktion der Piraten hat die Landesregierung um einen Bericht zu den Erfahrungen mit dem Landesdatenschutzgesetz gebeten. Diesen Bericht haben Sie mit der Vorlage 16/4503 erhalten.

Ein weiterer an den Kommunalausschuss gerichteter Bericht zu dem Gesetzentwurf ist auch Ihnen als Vorlage 16/4509 zugegangen. Der Ausschuss für Kommunalpolitik beabsichtigt, ein rasches Beratungsverfahren durchzuführen. Daher ist heute die abschließende Beratung im Innenausschuss vorgesehen.

Frank Herrmann (PIRATEN): Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für den Bericht bedanken. Von unserer Seite besteht beim Thema „Datenschutz“ sehr wohl – wir haben das schon deutlich gemacht – die Notwendigkeit, zumindest aber die Möglichkeit – auch wenn jetzt eine europaweite Regelung und die Umsetzung in deutsches Recht anstehen –, einen Bericht zu formulieren; da reicht der zweijährliche Bericht des LDI nicht aus. Es hat nicht nur immer wieder grundsätzliche Probleme mit dem Datenschutz gegeben, sondern auch im Gesetz sind Probleme deutlich geworden. Das Ministerium selber kommt auch nicht gerade schnell mit dem Erstellen von Verfahrensverzeichnissen voran.

Es wäre schon wünschenswert gewesen, wenn die Exekutive der Legislative einen Bericht darüber gegeben hätte, wo eventuell Nachjustierungen nötig gewesen wären und worauf man in Zukunft achten sollte. Insofern sehe ich die eingeführten Berichtspflichten für dieses Gesetz als sinnvoll und notwendig an; sie sind zu beachten. Es wäre wünschenswert gewesen, dass Sie das tun und die Pflichten nicht einfach mit dem Neunten Gesetz streichen und dann keinen Bericht vorlegen. Das finde ich sehr schade.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Somit können wir abstimmen. Wer dem Neunten Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer möchte sich enthalten? – Wer möchte dagegenstimmen? – Gegenstimmen von der FDP und der Piratenfraktion.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13260 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen von FDP und Piraten an.